

# Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags  
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)  
Mail: [martin.boehm@afdbayern.de](mailto:martin.boehm@afdbayern.de)  
Homepage: [www.mdl-boehm.de](http://www.mdl-boehm.de)

## Pressemitteilung

26.08.2020

### **„Wenn der Rettungsfonds zurückgezahlt werden muss, sollte das nicht zulasten des normalen EU-Haushalts gehen“, sagt Scholz**

In einem Interview nach dem Treffen der deutschsprachigen EU-Finanzminister bei Wien am vergangenen Wochenende verstieg sich der designierte SPD-Kanzlerkandidat und amtierende Finanzminister zu manch abstruser Aussage. Grund waren Diskussionen über verschiedene „EU-Steuern“, die dem Brüsseler Staatengeflecht zu mehr Finanzautonomie verhelfen sollen.

Dazu Martin Böhm, europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag:

„Auf dem Tisch liegen Forderungen nach Abgaben auf nicht recyclebares Plastik, nach der schon oft gescheiterten Finanztransaktionssteuer und nach einer CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsabgabe. Gerade letztere würde Deutschland enorm belasten, denn wegen der verirrten Energiewende hier, mit unrentablen Strompreisen für unsere Wirtschaft, ist Deutschland auf preiswerte Importe energieträchtiger Vorerzeugnisse wie Stahl oder chemische Rohprodukte angewiesen. Hier soll die enorme zu erwartende Steuerlast die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie durch die Hintertüre brechen und der deutsche Steuerzahler weiter gemolken werden.

Nun speist sich der normale EU-Haushalt aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten, die dafür wiederum über Steuern die Eigentumsrechte ihrer Bürger schmälern. Und die geplanten EU-Steuern, die nach heutigem Rechtsstand über die Mitgliedsstaaten beigesteuert werden müssen? Die Eurokraten glauben erkenntlich an das Goldeselchen! Dem müssen sich alle Bürger widersetzen!

Wenn Brüssel in seiner unnachahmlichen Freigebigkeit für notleidende Südstaaten das Geld ausgeht, dann wäre es die erste Pflicht, die eigenen ineffizienten Strukturen zu überdenken und den Wasserkopf der Bürokratie einzudampfen. Widerstand gegen den nächsten Griff in die Taschen der Bürger zu organisieren, das ist unser Auftrag!“